



Antrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

Kunststoffe konsequent von Lebensmittelabfällen trennen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Beschlüsse der Umweltministerinnen und Umweltminister der Länder zur Begrenzung von Plastikabfällen im Rahmen der 90. Umweltministerkonferenz in Bremen. Er bittet die Landesregierung, im Bundesrat auf einen Beschluss hinzuwirken, der die Bundesregierung auffordert, das Abfallrecht dahingehend zu ändern, dass bei der Entsorgung verpackter Lebensmittelabfälle Plastikeinträge in die Umwelt wirksam vermieden werden.

Insbesondere sind

1. die Bioabfallverordnung dahingehend zu ändern, dass zukünftig bei organischen Abfällen - sofern sie in den Stoffkreislauf zurückgeführt werden sollen - keine Beimengungen von Kunststoffen mehr erlaubt sind und
2. die Düngeverordnung dahingehend zu ändern, dass die derzeit geltende Toleranz von 0,5 % an Kunststoffrestanteilen in Gärresten und Komposten weiter auf das technisch mögliche Minimum und somit gegen Null reduziert wird.

Darüber hinaus wird die Landesregierung gebeten, gemeinsam mit dem Bund und anderen Ländern im Rahmen der Nationalen Strategie zur Reduzierung von Lebensmittelverschwendung die Ursachen für das Entstehen und die Zunahme von Abfällen verpackter Lebensmittel genauer zu ergründen und darauf aufbauend Maßnahmen zur Reduktion von Lebensmittelverschwendung insgesamt zu entwickeln, sowie auch den Anfall verpackter Lebensmittelabfälle zu reduzieren.

Begründung:

Immer mehr Lebensmittel werden in Plastik verpackt. Die Vorgänge um die Plastikfunde in der Schlei zeigen an, dass hier akuter Handlungsbedarf besteht. Verpackungskunststoffe dürfen nicht mehr in Biogasanlagen oder Komposten landen.

Heiner Rickers
und Fraktion

Marlies Fritzen
und Fraktion

Dennys Bornhöft
und Fraktion